

3/2013 KLIMAGIPFEL WARSCHAU

Zum Dreisprung nach Paris ansetzen. Seite 2

Wer muss wie viel tun und zahlen? Seite 6

Debatte um Schäden durch den Klimawandel. Seite 7

EDITORIAL



Sven Harmeling

Mitglied im Vorstand
von Germanwatch

Liebe Leserin, Lieber Leser,

„Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, so Victor Hugo. Die großen weltpolitischen Veränderungen – diese Siege großer Ideen – sind selten über Nacht gekommen. Meistens gärten Missstände Jahrzehnte. Die Veränderungswilligen mussten immer wieder Rückschläge einstecken, da sich mächtige Kräfte an alten Ideen festgeklammert haben. Doch ihre Zahl ist immer mehr gewachsen und hat den großen Ideen zum Durchbruch verholfen.

Auch auf die aktuelle Energiedebatte scheint diese Sichtweise zu passen. Manche fordern Subventionen für fossile Kraftwerke, um überholte Strukturen aufrecht zu erhalten. Subventionen darf es aber nur geben, um den notwendigen Übergang zum solaren Zeitalter wirkungsvoll und sozial zu organisieren. Wer eine sichere Energieversorgung und Arbeitsplätze sichern will, der muss auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energien setzen. Ein Teil der Unternehmen hat zu lange an Ideen festgehalten, deren Zeit vorüber ist. Wenn sich immer mehr Länder in Gesetzen verbindlich zu Klimaschutz verpflichten, dann haben sie die Zeichen der Zeit erkannt. Ob eine neue Regierung sich durch ein solches Klimaschutzgesetz auszeichnen wird?

Ich möchte auch Sie zum Durchhalten gegen die Widerstände ermuntern, die der Idee einer fairen, gerechten und ambitionierten Klimapolitik im Wege stehen. Denn die Zeit dafür ist gekommen.



Ihr Sven Harmeling

Deutsches Klimaschutzgesetz als zentraler internationaler Beitrag

Koalitions- und Klimaverhandlungen verknüpfen



Nicht nur Strände gehen verloren, wenn der Meeresspiegel ansteigt. Viele Menschen leben am und vom Meer und bekommen durch die Folgen des Klimawandels ihre Lebensgrundlage entzogen.

Der Weltklimarat IPCC hat den ersten Teil seines neuen Berichtes vorgelegt. Drei Botschaften ragen heraus. Erstens: Mit mehr als 95-prozentiger Sicherheit ist der Mensch der dominante Treiber des beobachteten Klimawandels. In der Medizin ist das die Schwelle, bei der ein Nichthandeln des Arztes zum Kunstfehler wird. Für die Politik würde Nichthandeln Führungsversagen bedeuten. Zweitens: Das Großexperiment, das wir durch den Klimawandel an Mensch und Mitwelt vornehmen, bezieht sich nicht nur auf das Klima. Wir ändern auch das Erdsystem Ozeane dramatisch. Die Meeresspiegel steigen, die Ozeane werden wärmer und saurer – ein hochriskantes Spiel mit unabsehbaren Konsequenzen für Nahrungsmittelketten und Artenvielfalt. Drittens: Noch ist es möglich, den Klimawandel auf weniger als zwei Grad Temperaturanstieg im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen, um die größten Risiken zu vermeiden. Aber mit jedem verlorenen Jahr wird dieses Ziel schwieriger und kostspieliger.

Vor diesem Hintergrund beginnt mit dem Klimagipfel in Warschau ab dem 11. November die heiße Phase der Verhandlungen, die 2015 in Paris in ein globales Klimaabkommen münden sollen. Es ist delikat, dass der Klimagipfel in Polen – dem größten klimapolitischen Bremser der EU – stattfindet. Es gilt, diesen Gipfel für den Druck anderer Regierungen und der Zivilgesellschaft zu nutzen, aber auch für konstruktive Vorschläge, wie die polnische Blockade zu überwinden ist.

Konstruktiv kann der Verhandlungspfad von Warschau über Lima (2014) nach Paris (2015) nur sein, wenn die Staaten das Verhandeln durch entschiedenes Handeln zuhause und intelligente Vorreiterallianzen ergänzen. Erst dieser Dreiklang kann die notwendige Dynamik erzeugen. Ganz Europa wartet derzeit darauf, dass die deutschen Koalitionsvereinbarungen nach zwei Jahren des Zögerns und der klimapolitischen Rückschritte den Weg dazu in Deutschland und der EU frei machen. Sprechen sich die künftigen RegierungsvertreterInnen für ein Klimaschutzgesetz aus, durch das die bei der Energiewende versprochenen Ziele für Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz verbindlich werden? Ein deutsches Klimaschutzgesetz würde international und EU-weit viel Aufmerksamkeit erzeugen und dadurch auch der EU den Weg für ein ehrgeizigeres Auftreten ebnen. Denn beim EU-Gipfel im März bzw. Juni 2014 geht es darum, ambitionierte und verbindliche Ziele für die Treibhausgasreduktion (55 % gegenüber 1990), für Erneuerbare Energien (45 % Anteil am Energiemix) und Energieeffizienz (35-prozentige Reduktion des Primärenergieverbrauchs gegenüber 2005) bis 2030 durchzusetzen. Die Bundesregierung braucht hier endlich eine Position für drei ambitionierte und verbindliche Ziele. Wenn Deutschland aufhört zu bremsen, dann kann die EU im Frühjahr 2014 nachziehen.

Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm ein deutsches Klimaschutzgesetz versprochen. Die ►

deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände und die von einer breiten gesellschaftlichen Koalition getragene „klima-allianz“ erwarten, dass die SPD dieses zu einem Knackpunkt der Koalitionsverhandlungen macht. Zahlreiche Unternehmen warten auf Investitionssicherheit durch klimapolitische Rahmensetzung.

Ein solches Klimaschutzgesetz würde es der Bundesregierung auch erlauben, eine internationale Vorreiterallianz anzuführen. Diese sollte die Bereitschaft zu Ambition als Bedingung haben. Die Mitglieder sollten sich wechselseitig wirtschaftlich und technisch unterstützen und gemeinsame Forschungsprojekte vorantreiben, um so Handeln und Verhandeln zu unterstützen. So organisiert und mit klarer Vision und eindeutigem Ziel versehen, könnte der von der Bundesregierung ins Leben gerufene „Club der Energiewende-Staaten“ eine solche Allianz werden (siehe Artikel S.4).

Ein „Ja“ zum Klimaschutzgesetz wäre auch Rückenwind für ein zentrales Ziel des Klimagipfels in Warschau: Dort sollen die Staaten formal aufgefordert werden, bis zum September 2014 verschärfte kurzfristige Klimaziele (bis 2020) und ambitionierte Klimaziele bis 2030 vorzulegen. Die Regierungschefs sollen Vorschläge dazu im September 2014 bei der UN-Generalversammlung präsentieren. Deutschland könnte hier das Klimaschutzgesetz präsentieren.

Derzeit übernehmen Deutschland und die EU eine ungewohnte Verzögerungsrolle in der internationalen Klimapolitik. Kaum zu glauben, aber wahr: in den USA und China gibt es im Moment mehr klimapolitische Dynamik. Ein Klimaschutzgesetz und ambitionierte EU-Klima- und Energieziele würden es der EU erlauben, gemeinsam mit den besonders betroffenen Staaten und anderen Vorreitern diese zaghafte Dynamik in den USA und China weiter zu befeuern.

Eine wieder ambitionierte EU könnte sich mit den kleinen Inselstaaten und den besonders verletzlichen armen Ländern strategisch abstimmen. Das würde allerdings auch bedeuten, bei dem Thema der Bewältigung der Schäden des Klimawandels („Loss and Damage“) nicht nur zu wissen, was man nicht will (nämlich keine Kompensation zu zahlen). Sondern eben auch konstruktive Vorschläge dazu vorzulegen. Etwa eine Initiative für Frühwarnsysteme gegenüber den großen Kipp-Punkten des Erdsystems, wie z. B. das Umkippen des Regenwaldes oder des Monsun-Regimes. Oder eine Ko-Finanzierung von Versicherungssystemen für diejenigen, die sich keine Versicherung leisten können. Die neue Bundesregierung hat die Chance, eine wichtige Rolle zu spielen und den Klimawandel, das Großexperiment mit der Menschheit, einzudämmen. Sie sollte sie nutzen.

Christoph Bals und Sönke Kreft

Bundesregierung braucht klimapolitischen Dreiklang

Gemeinsam mit Brot für die Welt, Greenpeace, MISEREOR und WWF hat Germanwatch an die VerhandlerInnen der Koalitionsverhandlungen u. a. folgende klimapolitischen Forderungen versandt:

Klimaschutzgesetz

... die Treibhausgasemissionen Deutschlands um mindestens 40 % bis 2020 und um mindestens 95 % bis 2050 gegenüber 1990 zu reduzieren. Diese Ziele werden für Deutschland mit entsprechenden Zwischenzielen (mind. -60 % bis 2030, mind. -80 % bis 2040) sowie mit entsprechenden Zielen für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in einem Klimaschutzgesetz rechtlich verbindlich festgelegt.

Energiewende zum Erfolg führen

... den Ausbau der Erneuerbaren Energien dynamisch und mit dem Ziel einer regenerativen Vollversorgung zur Mitte des Jahrhunderts fortzuführen. Hierzu gilt es ein am Ausbau der Erneuerbaren Energien und den notwendigen Flexibilitätsoptionen ausgerichtetes Marktdesign zu schaffen und dieses in den europäischen Prozess einzubringen. Dabei bleibt der Einspeisevorrang für Strom aus Erneuerbaren Energien ein Eckpfeiler. Das Management der Nachfrage wird integraler Bestandteil der neuen Energiepolitik. Es werden darüber hinaus schnellstmöglich die technischen Voraussetzungen ge-

schaffen, um die Nachfrage optimal in die Angebotsseite integrieren zu können.

EU-Klima- und Energiepaket 2030: Zieltrias gewährleisten

... sich bei der Festlegung des EU-Klima- und Energiepaketes 2030 für eine Zieltrias einzusetzen: Drei ambitionierte und verbindliche Ziele im Bereich der Emissionsminderung, des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz sind unabdingbar für eine europäische Energiewende.

Vollständiges Positionspapier:
www.germanwatch.org/de/7478

Zum Dreisprung nach Paris ansetzen

Erwartungen von Germanwatch an den Klimagipfel in Warschau

Prozentscheidung: Verhandlungsplan für ein Abkommen 2015

Der Gipfel in Warschau ist der Auftakt zu einem Klimaabkommen in Paris 2015. Dabei gilt: Warschau organisiert den Verhandlungsprozess in den beiden kommenden Jahren. Es ist wichtig, nicht alle Entscheidungen bis 2015 aufzuschieben. Alle Länder müssen 2014 Klimaschutzansagen vorbereiten. Warschau muss

Klarheit schaffen, wie die Länder diese Versprechen vorbereiten sollen, damit die Ansagen vergleichbar bleiben. Nach dem Klimagipfel 2014 in Lima gilt es, die Versprechen bezüglich Kriterien wie wissenschaftliche Notwendigkeit oder Gerechtigkeit zu beleuchten und zu begründen. Staaten sollen im Anschluss an diese Kritik ihre Zusagen von 2014 nachbessern, bevor sie das Pariser Abkommen 2015 in rechtliche Verpflichtungen überführt. Diesen Fahrplan soll die Staatengemeinschaft in War-

schau als wichtige prozedurale Grundlage für ein erfolgreiches Klimaabkommen, das ab 2020 gilt, verabschieden.

Einläutung – Jahr der Ambition 2014

Der Klimaschutz muss schon vor 2020 intensiviert werden. Ansonsten drohen Klimaauswirkungen aus dem Ruder zu laufen, Handlungsspielräume für spätere Generationen ►

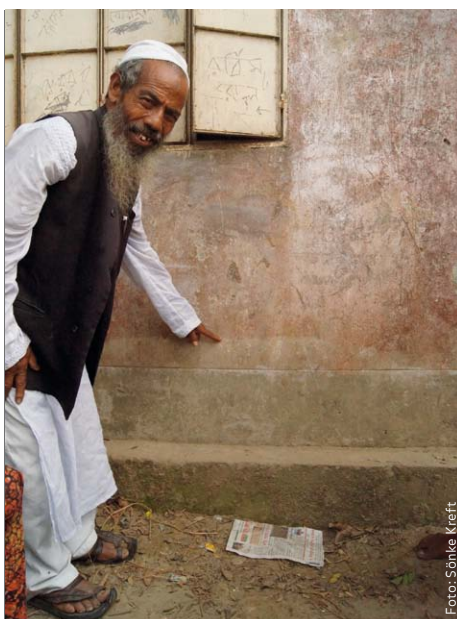
zu schrumpfen und Kosten zu steigen. 2014 soll das Jahr der Ambition werden. Erstens gilt es, die nationalen Klimaschutzansagen vorzubereiten. Zweitens gibt es ein Ministertreffen im Juni in Bonn, um zu organisieren, dass die Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls ihre Ziele erhöhen. Drittens geht es darum, konkrete zusätzliche Klimaschutzinitiativen auf internationaler Ebene voranzutreiben und Vorreiterallianzen für mehr Klimaschutz zu lancieren. All dies soll in einem UN-Sondergipfel der Regierungschefs im September 2014 unter Führung von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon münden. Warschau muss den Prozess vorbereiten, damit 2014 wirklich zum Jahr der Ambition werden kann.

Klimafinanzierung: Anstieg zu den 100 Milliarden

Die Industrieländer haben sich verpflichtet, ihre Unterstützung für Klimaschutz und -anpassung auf 100 Milliarden US-Dollar jährlich im Jahr 2020 ansteigen zu lassen. Neben einer weiteren Klärung, was als Klimafinanzierung anrechenbar ist, gilt es, Fortschritte in Bezug auf einen Aufstiegsplan für die Klimafinanzierung bis 2020 zu organisieren. Der *Green Climate Fund*, das wichtigste multilaterale Klimafinanzierungsinstrument, wird ebenfalls ein wichtiger Punkt beim Warschauer Klimagipfel sein. Signale, ernsthaft in diesen Fonds einzahlen zu wollen, senden auch ein wichtiges Signal für das Jahr der Ambition. Der Anpassungsfonds unter dem Kyoto-Protokoll braucht ebenfalls weitere Finanzmittel.

Anpassung und klimawandelbedingte Schäden – Loss & Damage

Im Zuge des 2015-Abkommens ist auch der Bereich Anpassung an die Klimafolgen zu stärken. Aufbauend auf die Vereinbarung des Klimagipfels 2012 in Doha soll in Warschau geklärt werden, welche alten oder neuen Institutionen verwundbare Entwicklungsländer beim Umgang mit Klimaschäden und -verlusten unterstützen sollen. Auch sind Nationale Anpassungspläne und andere Anpassungsstrategien voranzubringen.



Schäden durch Klimawandel nehmen zu: Ein Lehrer in Bangladesh zeigt, bis wo das Hochwasser im Klassenzimmer stand.


Forderungen an die EU und den Gastgeber Polen





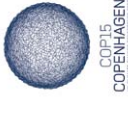




Auf die EU kommt ein Glaubwürdigkeitsproblem zu, wenn sie ihre 2020-Ziele zur Emissionsminderung auch in Zukunft nicht der Realität anpasst sowie nur sehr schwache 2030-Ziele entwickelt. Dieses Glaubwürdigkeitsproblem stellt sich insbesondere beim Gastgeber Polen – Kohleland und Vetogeber gegen europäischen Klimaschutz. Polen vertritt die Meinung, die EU-Position erst *nach* einem globalen Abkommen festzulegen und keine Vorreiterrolle zu spielen. Wenn die EU als Gastgeber von zwei der drei Klimagipfel (Warschau, Paris) auf dem Weg zum neuen Abkommen so vorgeht, kann wohl kaum Dynamik entstehen. Teil des Klimagipfels wird daher auch sein, die Scheinwerfer auf Polen und die Rolle der EU zu richten. Die Forderungen an die EU sind klar: Die Treibhausgase bis 2030 um 55 % zu mindern, Erneuerbare Energien auf einen Anteil von 45 % auszubauen und den Endenergieverbrauch gegenüber 2005 um 35 % zu senken.

Sönke Kretz

Hintergrundpapier zum Klimagipfel:
www.germanwatch.org/de/7518

Die wichtigsten Meilensteine der internationalen Klimaverhandlungen



	Rio de Janeiro 1992 (COP 0)	Beschluss der Klimarahmenkonvention
	Berlin 1995 (COP 1)	Erste Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP), Notwendigkeit eines Verpflichtungsprotokolls, Verhandlungsrahmenplan bis 1997
	Kyoto 1997 (COP 3)	Beschluss Kyoto-Protokoll (trat dann im Jahr 2005 in Kraft)
	Bali 2007 (COP 13)	Aufsetzen Verhandlungsplan bis COP 15, inklusive Arbeitsgruppen des Kyoto-Protokolls (zweite Verpflichtungsperiode AWG-KP und Arbeitsgruppe für Nicht-Kyoto-Länder (AWG-LCA))
	Kopenhagen 2009 (COP 15)	Scheitern eines umfassenden globalen Abkommens
	Cancún 2010 (COP 16)	Cancún-Beschluss zu Klimaschutz, Anpassung, Technologietransfer und Finanzierung – Formalisierung der Kopenhagener Ergebnisse (u.a. Festlegung des 2°C-Limits)
	Durban 2011 (COP 17)	Beschluss für neues Klimaabkommen bis 2015
	Doha 2012 (COP 18)	Abschluss der Verhandlungen zu AWG-LCA und der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls
	Warschau 2013 (COP 19)	Verhandlungsrahmenplan bis 2015
	Lima 2014 (COP 20)	Vorläufiger Verhandlungstext, Eingaben der Länder zur Emissionsminderung
	Paris 2015 (COP 21)	Internationales Klimaabkommen

Mit Vorreiterallianzen den internationalen Klimaschutz beleben

Deutschland sollte neue, wirksame Allianzen schmieden

Vorreiterallianzen im internationalen Verhandlungsprozess

Die Dynamik des kleinsten gemeinsamen Nenners in der internationalen Klimaschutzpolitik kann nur überwunden werden, wenn sich Vorreiter zusammentun. Dies gilt für Koalitionen im UN-Verhandlungsprozess wie auch für Allianzen, die parallel zu den Verhandlungen den Wandel zu einer postfossilen Wirtschaftsweise voranbringen. Die Geschichte der Klimaverhandlungen zeigt, dass es dann große Fortschritte gab, wenn sich eine Koalition von Ländern unabhängig von den klassischen Verhandlungsblöcken (Industrie- und Entwicklungsländer) dafür eingesetzt hat. Solche Koalitionen werden jetzt benötigt, um bis 2015 ein Klimaabkommen zu erreichen. Die EU ist hier gefordert: Ein erfolgreiches Bündnis mit an ambitionierter Klimapolitik interessierten Entwicklungsländern erfordert Vorbereitung und die Bereitschaft, den Partnern etwas anzubieten in den Bereichen Technologie, Finanzierung oder Emissionsminderung. Solche Vorreiterallian-

zen könnten sich auch im neuen Abkommen widerspiegeln. Dieses soll zwar Verpflichtungen für alle Staaten enthalten, könnte aber darüber hinaus die Verpflichtungen variabler Koalitionen aufnehmen, die sich beispielsweise auf einen ambitionierten Ausbau Erneuerbarer Energien oder Forschungsanstrengungen für Effizienztechnologien einigen.

Warschau: Chance für Kooperationsinitiativen

Ein wichtiges Thema beim Klimagipfel in Warschau wird sein, wie die Lücke geschlossen werden kann zwischen den vorliegenden Zusagen und den Emissionsreduzierungen, die eigentlich bis 2020 erforderlich wären, um den Temperaturanstieg auf unter 2 °C zu begrenzen. Ein Vorschlag dazu sind die sogenannten Internationalen Kooperationsinitiativen, die den Klimaschutz oder einzelne Themen wie Erneuerbare Energien, Waldschutz oder Reduzierung der Methanemissionen voranbringen sollen. Viele der bestehenden internationalen Initiativen dienen vor allem dem Dialog und dem Erfahrungsaustausch. Das ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für mehr Klimaschutz. Ohne klare Ziele, Berichte und Transparenz bleibt der konkrete Beitrag der Initiativen zur Emissionsreduzierung unklar. Es muss daher in Warschau gelingen, über die reine Ideensammlung und Auflistung von Initiativen hinauszukommen. Die VerhandlerInnen

könnten etwa Kriterien für Initiativen formulieren, die einen echten Beitrag zum Schließen der Ambitionsücke leisten. Gleichzeitig ist der Klimagipfel eine gute Gelegenheit für Regierungen, neue effektivere bi- und plurilaterale Allianzen anzukündigen.

Deutschland sollte echte Vorreiterallianzen vorantreiben

Deutschland sollte eine echte Allianz von Vorreitern mit denjenigen Staaten vorantreiben, die davon überzeugt sind, dass eine schnelle Wende zu einer postfossilen Wirtschaftsweise geboten ist. Im Rahmen der Allianz würden die Mitglieder sich gegenseitig wirtschaftliche Vorteile bzw. technische und wissenschaftliche Unterstützung einräumen und so ein attraktives Modell und neue internationale Dynamik schaffen. Mit dem von der Bundesregierung vor einigen Monaten ins Leben gerufenen „Club der Energiewende-Staaten“ (u. a. mit China, Frankreich, Indien und Südafrika) gibt es dafür einen ersten Ansatz, der jetzt mit Leben gefüllt werden muss. Bislang fehlen dem Club eine klare Vision, eindeutige Ziele für die Mitglieder und ein Programm gemeinsamer Aktivitäten (wie etwa Zusammenarbeit bei Forschung, Standardisierung oder Ausbildung), mit denen die Energiewende in den Mitgliedsländern vorangetrieben werden kann.

Lutz Weischer

Warum ich Germanwatch wichtig finde ...



Seyni Nafo

Mitglied des Ständigen Finanzierungsausschusses und Sprecher der Afrika-Gruppe bei den UN-Klimaverhandlungen

Germanwatch setzt sich wirklich für die Interessen des globalen Südens ein, insbesondere bei den Verhandlungen zur Klimafinanzierung. Eine solche Partnerschaft ist entscheidend, um die Stimme der Entwicklungsländer in diesen schwierigen UN-Verhandlungen zu stärken. Dies hat geholfen, die Position der Afrika-Gruppe voran zu bringen, zum Nutzen der gut eine Milliarde Menschen in Afrika.

Es ist mein tiefster Wunsch, dass Germanwatch mit seiner erfolgreichen Arbeit weitermacht. Und ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam zu einem erfolgreichen Wechsel der internationalen wie nationalen Politik beitragen werden.



Ein zukunftsweisendes Modell? Der Club der Energiewende-Staaten zusammen mit dem Generaldirektor der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien IRENA, Adnan Amin (3.v.r.)

Weltklimarat: Klimawandel menschengemacht, Handlungsdruck steigt

WissenschaftlerInnen stellen insbesondere die Risiken durch Veränderung der Ozeane heraus

Der Klimawandel findet statt und er ist vornehmlich menschengemacht. Die Wahrscheinlichkeit dafür hat mit mehr als 95 Prozent nun eine Sicherheit erreicht, bei der in der Medizin Nichthandeln als Kunstfehler gelten würde. Das ist die Kernaussage des Beitrags der ersten Arbeitsgruppe des Weltklimarates IPCC für dessen Fünften Sachstandsbericht, der Ende September in Stockholm verabschiedet wurde.

Weiterhin rücken nun die Ozeane und ihre Rolle stärker in das Blickfeld. So ist zum einen mit einem deutlich stärkeren Meeresspiegelanstieg zu rechnen als bisher erwartet – dieser wurde im letzten Bericht unterschätzt. Nach den neuen Berechnungen könnte der Meeresspiegel bei hoher Emissionsentwicklung bis zum Jahre 2100 um bis zu einen Meter steigen. Doch auch bei dieser Abschätzung sind noch nicht alle Risikofaktoren berücksichtigt, so dass er auch höher ausfallen könnte. Zum anderen drohen die Ozeane durch den CO₂-Anstieg gefährlich zu versauern. Dies ist eine der großen Neuigkeiten des Berichtes. Denn die Auswirkung auf Artenvielfalt und Nahrungskette sind massiv. Für die Menschen in vielen Ländern kommt die Hälfte der tierischen Proteinzufuhr von Fischen. Zugleich werden die Ozeane immer wärmer. Sie nahmen im Zeitraum 1971 bis 2010 ganze 93 Prozent der in das Klimasystem geflossenen Energie auf – also weit mehr als die Atmosphäre.

In Stockholm ist der IPCC intensiv auf die abnehmende Erwärmungsrate der letzten 15 Jahre eingegangen, die die weltweiten Medien im Vorfeld dieser Sitzung groß diskutierten – allerdings oft unwissenschaftlich als „Erwärmungspause“. Der IPCC stellt diesen Sachverhalt balanciert dar und verweist vor allem auf die natürliche Variabilität in Jahres- und Zehnjahreszeiträumen.

Erstmals quantifiziert der IPCC nun, wie viel die Menschheit insgesamt – seit Beginn der Industrialisierung – ausstoßen kann, um eine über zwei Grad gehende globale Erwärmung mit mehr als zwei Drittel Wahrscheinlichkeit zu verhindern. Allerdings hat die Menschheit bereits gut die Hälfte davon – 531 von 1.000 Gigatonnen Kohlenstoff – ausgestoßen.

Die Szenarien des IPCC zeigen: Nicht mit Tripelschritten, aber mit ernsthaftem Klimaschutz ist es noch möglich, einen globalen Temperaturanstieg um mehr als 2 Grad zu vermeiden und damit die größten Risiken einzudämmen.

Der IPCC wagt auch erstmals eine Abschätzung, wie viele Emissionen infolge auftauenden Permafrosts erwartet werden – bis Ende dieses Jahrhunderts zwischen 50 bis 250 Gigatonnen Kohlenstoff für das Szenario mit hohem Treibhausgasausstoß. 250 Gigatonnen Kohlenstoff wären die Hälfte der Menge, die die Menschen von nun an noch ausstoßen können, um unter zwei Grad Erwärmung zu bleiben.

Die vom IPCC kommenden Aussagen der Wissenschaft sind aufgrund seiner intensiven Prüfung die Grundlage für die internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz. So führte der erste Sachstandsbericht zur Klimakonvention (1992), der zweite zum Kyoto-Protokoll (1997), der dritte zu dessen Inkrafttreten (2005). Der vierte, in dessen Umfeld der IPCC den Friedensnobelpreis erhielt, war die wissenschaftliche Grundlage für die Verhandlungen hin zum Klimagipfel in Kopenhagen (2009). Der neue Bericht soll nun das für 2015 geplante Klimaschutzabkommen wissenschaftlich untermauern.

Manfred Treber



Grafik: Zehn hoch Sechzehn, Berlin

AKTION

Für ein deutsches Klimaschutzgesetz – jetzt!

Die heiße Phase der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD läuft. Es steht auf der Kippe, ob es eine Rahmensetzung für die Energiewende gibt, um diese zum Erfolg zu führen. Ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen für Klimaschutz, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien stellt die Weichen für eine verlässliche Energiepolitik, die Abschied nimmt von den nuklearen und fossilen Risiken. Es gibt klare Rahmenbedingungen für Investoren, Arbeitsplätze und den notwendigen Klimaschutz. Damit wir wissen, wohin die Reise geht.

Die Kampagnen-Organisation Avaaz hat eine Unterschriftenaktion gestartet, mit der sie auf den Verlauf der Koalitionsverhandlungen reagiert. Germanwatch unterstützt diese Kampagne. Mit Ihrer Unterschrift können auch Sie dafür sorgen, dass sich unsere Abgeordneten in den Koalitionsverhandlungen für einen wirksameren Klimaschutz einsetzen!

www.avaaz.org/klimagesetz

Wer zahlt, wer handelt, wer profitiert?

Gerechtigkeits-Check durch ein „Equity Reference Framework“

Ohne Gerechtigkeit wird es kein neues Klimaabkommen geben – ohne Klimaabkommen allerdings auch keine globale Gerechtigkeit. Davon sind die meisten Verhandlungsstaaten unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen überzeugt und so hat die Gerechtigkeit in diesem Jahr ihren Platz in den internationalen Verhandlungen wiedergefunden. Doch wie ist festzustellen, wer wie viel für Klimaschutz und Anpassung tun und zahlen muss?

Germanwatch schlägt einen dreidimensionalen Ansatz zur Klimagerechtigkeit vor, der auf dem Teilen von Anstrengungen, Risiken und Chancen basiert.

Das Teilen der Anstrengungen („effort sharing“) orientiert sich in der Klimarahmenkonvention an dem Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung. Dabei geht es darum, die nötige Emissionsreduktion zwischen den Ländern gerecht zu verteilen. Diese Debatte dominierte bis zum Klimagipfel in Kopenhagen (2009) die Gerechtigkeitsdebatte. Bei den Verhandlungen dazu prallen hauptsächlich die Interessen von Industrie- und Schwellenländern aufeinander. Dementsprechend wurde der „Deal“ in Kopenhagen letztlich im Hotelzimmer zwischen den USA und einigen Schwellenländern ausgehandelt und fiel entsprechend schwach aus.

Bei der zweiten Dimension, der Risikoteilung, steht im Mittelpunkt, wie früh sowie in welchem Ausmaß die Emissionen und damit die Risiken des Klimawandels gesenkt werden. Außerdem geht es darum, die Verursacher für Risikoversorge (Anpassung) und Bewältigung der Schäden zahlen zu lassen. Diese Dimension verändert die Dynamik grundlegend. Denn plötzlich geht es nicht mehr darum, möglichst wenig, sondern möglichst viel Klimaschutz zu machen. Weil mit jedem Jahr, in dem man nicht handelt, die Risiken steigen und es deutlich teurer wird, die weiteren Risiken zu begrenzen. In den Verhandlungen stehen sich bei dieser zweiten Gerechtigkeitsdimension die besonders verletzlichen Staaten und die Nationen mit den größten historischen und aktuellen Emissionen gegenüber.

Die größte Dynamik aber kann durch das Teilen von Chancen entstehen. Die Energiewende im Rahmen einer ernsthaften Klimastrategie bedeutet eine neue industrielle Revolution. Wie lassen sich die Chancen auf dem Weg dahin fair verteilen und dabei Anreize für Vorreiter setzen? Vorreiterstaaten müssen sich Staaten widersetzen, die stark von der Nutzung oder vom Export fossiler Energieträger abhängig sind.

Nur das Zusammenspiel der drei Dimensionen kann eine gerechte und wirkungsvolle Lösung

beflügeln. Es kann Dynamik für zukunftsorientierte Klimaarchitektur, Klimaschutz und -finanzierung erzeugen.

Ergänzend können Indikatoren entwickelt werden, die soweit wie möglich diese Prinzipien widerspiegeln und zur Umsetzung des Ansatzes dienen. Das NGO-Netzwerk „Climate Action Network“ schlägt dazu fünf Indikatoren vor: wissenschaftliche Angemessenheit, Verantwortung, Kapazität, Bedarf an Anpassung und Bedarf an Entwicklung. Solche Kriterien können eine wichtige Rolle spielen, um anhand eines Gerechtigkeits-Checks einzuschätzen, ob und in welchem Maß einzelne Staaten ihrer Verantwortung für Klimaschutz und -finanzierung nachkommen. Trittbrettfahrer lassen sich identifizieren und Vorreiter erkennen. Durch die damit hergestellte Transparenz können Umwelt- und Entwicklungsorganisationen Druck aufbauen und Staaten ihre ersten Bereitschaftserklärungen anpassen, bevor sie letztendlich beschlossen werden.

Ziel ist es, dass beim diesjährigen Klimagipfel in Warschau die drei Dimensionen der Gerechtigkeit Berücksichtigung finden. Und dass die Bereitschaft wächst, die eigenen Anstrengungen an solchen Kriterien im Rahmen eines „Equity Reference Frameworks“ zu messen.

Rixa Schwarz

Debatte um Schäden durch den Klimawandel

Entwicklungsländer fordern Verbesserung des internationalen Systems

Beim Klimagipfel in Kopenhagen (2009) sagten die Regierungschefs zu, einen Temperaturanstieg von mehr als zwei Grad und damit die größten Risiken des Klimawandels zu vermeiden. Die Realität sieht anders aus. Die Welt steuert derzeit auf einen Temperaturanstieg von mindestens 3,5 Grad in diesem Jahrhundert zu. Verletzliche Länder, etwa kleine Inselstaaten, fürchten – wie der neue Weltklimabericht des IPCC zeigt – zu Recht, dass trotz nationaler Anpassungsprogramme erhebliche Risiken durch den Klimawandel drohen. Seit dem Klimagipfel in Doha wird über die „Verluste und Schäden“ („Loss and Damage“), die sich durch Anpassungsmaßnahmen nicht vermeiden lassen, debattiert. Der Klimagipfel in Warschau soll entscheiden, welche Institutionen dabei eine Rolle spielen sollen.

Die Verhandlungen haben sowohl eine technische als auch eine politische Dimension. Auf technischer Ebene geht es um Lösungen, damit die Länder mit klimawandelbedingten Schäden umgehen können. Dies beinhaltet nationale und regionale Frühwarnsysteme und eine generelle Verbesserung der Katastrophenunterstützung und -vorsorge. Hier kommen die internationalen Unterstützungsmechanismen oftmals zu spät oder nur, wenn Fernsehkameras Druck erzeugen. Es rücken aber auch neue Themen in den Blick, beispielsweise Flucht- und Migrationsbewegungen als Reaktion auf den Klimawandel oder die Entwicklung internationaler Versicherungsleistungen für die Betroffenen des Klimawandels. Wichtig ist auch die Etablierung internationaler Frühwarnsysteme zu großflächigen Klimarisiken – etwa ein Umkippen des Monsunregimes.

Die Debatten zu klimawandelbedingten Schäden haben aber auch eine politische Dimension. Gerade Inselstaaten, aber auch viele zivilgesellschaftliche Akteure, fordern direkte Kompensationen für Klimaschäden. Mit Blick auf das 2015er-Abkommen sollen sich die Forderungen auch bei Industrie- und Schwellenländern in Richtung Klimaschutz und Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen erhöhen. Damit rutscht Schritt für Schritt auch der Aspekt auf die Agenda, dass sich die Verursacher des Klimawandels nicht ihrer Verantwortung entziehen dürfen.

Sönke Kreyt

Internationale Klimafinanzierung auf dem Weg zum Jahr 2015

Klimakonferenz in Warschau muss Fortschritte bringen

Der Klimagipfel im Jahr 2015 – also der Zeitpunkt, zu dem das neue globale Klimaabkommen vereinbart werden soll – scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Aber tatsächlich sind es nur zwei Jahre – zwei Jahre, in denen die internationale Klimapolitik viel erreichen muss und entscheidende Weichenstellungen für die Klimafinanzierung, auch für das neue Abkommen, zu stellen sind.

Ein klarer Aufwuchspfad ist notwendig

Das Ende des Zeitraumes der in Kopenhagen zugesagten „Schnellstartfinanzierung“ (2010 – 2012) liegt ein Jahr zurück. Dafür hatten sich Industrieländer gemeinsam verpflichtet, 30 Mrd. US-Dollar für Maßnahmen zur Treibhausgasreduzierung und Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern bereitzustellen.

Ab 2020 sollen jährlich 100 Mrd. US-Dollar mobilisiert werden. Es bleibt jedoch weiterhin unklar, wie die Industrieländer planen, ihre finanzielle Unterstützung anzuheben zu lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Ein vorhersagbarer Aufwuchs – für die Zeit vor und nach 2015 – ist aber notwendig, um zum einen die wissenschaftlich belegte Lücke an CO₂-Emissionsminderungen für das Erreichen der 2 °C-Obergrenze zu schließen und zum anderen dringend notwendige Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren. Dies ist auch unabdingbar, um das Vertrauen der Entwicklungsländer in Zusagen von Industrieländern zu stärken und so eine gute Basis für die Verhandlungen zum neuen Abkommen zu legen.

Eine wichtige Rolle kommt dem Ministertreffen zum Thema Klimafinanzierung während der Verhandlungen in Warschau zu. Dies sollte den nötigen politischen Schwung und Willen in die Diskussion bringen, um so greifbare Ergebnisse zur Klimafinanzierung zu ermöglichen. Dafür ist es wichtig, dass der deutsche Minister und

die VerhandlerInnen trotz der Bundestagswahl und dadurch möglichen Verzögerungen bei den Haushaltsverhandlungen mit ausreichenden Mandaten anreisen, um neue Finanzierungszusagen und zumindest richtungsweisende Ansagen für die Zeit bis 2020 geben und diese gemeinsam mit weiteren Industrieländern verkünden zu können.

Eindeutige Definitionen von Klimafinanzierung

Eng verbunden mit dem Aufwuchspfad ist, was als internationale Klimafinanzierung angerechnet werden darf. 100 Mrd. US-Dollar jährlich an Klimafinanzierung – das hört sich klar an, ist es aber nicht. Zum einen ist unklar, welchen Anteil private Geldströme dabei neben öffentlichen Mitteln haben werden. Zum anderen ist auch unklar, welche privaten Gelder für Klimaschutz oder Anpassung hier als zusätzliche Klimafinanzierung gezählt werden dürfen. Da viele Schätzungen den Bedarf für Klimaschutz und Anpassung als weit höher als jährlich 100 Mrd. US-Dollar einschätzen, sollte der Großteil dieser Summe aus öffentlichen Mitteln kommen und zugleich einen Anreiz für weitere private Mittel geben.

KEEP COOL

Das Klima steht auf dem Spiel

Die Herausforderung des 2-Grad-Limits. Selbst spielen und weiterschenken!

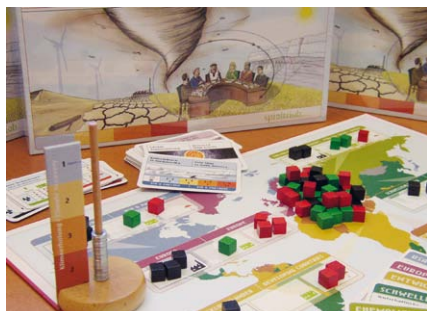
Sie sehen die Herausforderungen der globalen Klimapolitik, leiden aber unter dem langsamen Tempo der Verhandlungen und würden es gerne anders machen? Im Strategiespiel **KEEP COOL** übernehmen Sie eine Doppelrolle. Sie versuchen, Ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, während starke politische Gruppen wie die Ökonomie oder Umweltschutzverbände über Sieg und Niederlage bestimmen. In Verhandlungen müssen Sie zwischen gemeinwohlorientiertem Klimaschutz und Eigeninteressen abwägen und am Ende stehen zwei mögliche Ausgänge: gefährlicher Klimawandel mit Dürren, Hochwasser und Krankheiten oder ein stabiles Weltklima. Sie entscheiden mit, ob die globale Erwärmung unter 2 °C bleiben wird – es wird kein leichtes Spiel.

Ab November 2013 gibt es eine durch Crowdfunding ermöglichte und von Germanwatch unterstützte Neuauflage des Spiels, die Sie im Internet (s. u.) bestellen können. Ein spannendes **Weihnachtsgeschenk**, um gemeinsam die internationale Klimapolitik verstehen zu lernen. Den wissenschaftlichen Hintergrund bekommen alle Interessierten in einem Begleitheft mitgeliefert.

KEEP COOL wird empfohlen ab 12 Jahren und ist für drei bis sechs Spieler, aber auch für Gruppen geeignet.

www.spiel-keep-cool.de

Kosten: ca. 30 Euro



Green Climate Fund muss bald Programme umsetzen

Der 2010 beschlossene Green Climate Fund soll der größte Klimafonds werden. Er hat zum Ziel, einen Paradigmenwechsel in Entwicklungsländern hin zu einer Gesellschaft zu fördern, die an die inzwischen unvermeidbaren Folgen des Klimawandels angepasst ist und zugleich durch massive Emissionsreduktion Schlimmeres verhindert. Einen solchen Fonds aufzusetzen, braucht entsprechend Zeit. Nach drei Jahren Verhandlungen und Fortschritten ist es nun aber an der Zeit, ihn mit finanziellen Mitteln auszustatten, damit er seine Arbeit beginnen kann. Ein weiterhin leerer Fonds nur zwei Jahre vor der Verabschiedung eines neuen Klimaabkommens ist eine große Hürde für das notwendige Vertrauen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Dies bedeutet auf der anderen Seite aber auch, dass beim Aufbau des Fonds geklärt sein muss, dass dessen Gelder tatsächlich wirkungsvoll den notwendigen Paradigmenwechsel unterstützen. Nur dann werden sich die Industrieländer ausreichend sicher fühlen, hierfür Finanzzusagen zu machen.

Linde Griebhaber, David Eckstein,
Alpha Kaloga

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- ☐ Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich).
www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen)
www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz.
www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- ☐ _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Hintergrundpapier: Warschau, Lima, Paris – im Dreisprung zum Klimaabkommen. Ausblick auf den Klimagipfel COP 19 in Warschau. 5 Euro.
www.germanwatch.org/de/7518
- ☐ Briefing Paper: Short-Term Mitigation Ambition Pre-2020. Opportunities to Close the Emissions Gap. 5 Euro.
www.germanwatch.org/de/5762
- ☐ Briefing Paper: Using EU ETS Auctioning Revenues for Climate Action. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6855
- ☐ Hintergrundpapier: Emissionsminderungen durch Hochgeschwindigkeitszüge. 8 Euro.
www.germanwatch.org/de/7155
- ☐ Hintergrundpapier: Die Risiken nehmen zu. Germanwatch-Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung 2013. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/7068
- ☐ DVD: Kurzfilme für die Große Transformation. 5 Euro.
www.germanwatch.org/de/6301
- ➔ Flyer: Gut fürs Klima. Nur als kostenloser Download:
www.germanwatch.org/de/6687

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/de/publikationen

Name _____

Vorname _____

Evtl. Organisation/Firma _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V.,
Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V.,
Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org,
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum,
Christoph Bals, Gerold Kier. Stand: November 2013.
Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 100.000.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Brot für die Welt. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

**Brot
für die Welt**
ein Stück Gerechtigkeit

Termine

■ **Düsseldorf, 18.11.13:** 2. NRW-Nachhaltigkeitstag „Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030“, u.a. mit Germanwatch-Infostand und einem Workshop von Stefan Rostock. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/7480

■ **Brühl, 20.11.13, 18:30 Uhr:** Eröffnung der Wanderausstellung „2 Grad mehr - na und“, u.a. mit einem Vortrag von Alexander Reif.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/7521

■ **Düsseldorf, 21.-22.11.13:** 6. Deutscher Nachhaltigkeitstag. Germanwatch wird mit einem Infostand vertreten sein. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/7481

■ **Viersen, 28.11.13, 19:30 Uhr:** Vortrag und Podiumsdiskussion „Sustainable development goals: Gutes Leben für alle?!“. Mit Manfred Böttcher (VHS) und Stefan Rostock (Germanwatch). Viersen.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/6789

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

☐ Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.

☐ Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
☐ monatlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich
den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht.

Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr. _____

Geldinstitut _____

BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Name _____

Vorname _____

Straße / Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden
(Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.